



Die Schweiz – eine Innovationswerkstatt, die es zu schützen gilt

Jacques Brandenberger ist wahrscheinlich den wenigsten von uns geläufig – umso mehr seine Erfindung. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sieht der Schweizer Ingenieur in einem Pariser Restaurant, wie ein Tischtuch durch Rotwein komplett ruiniert wird. Sein Ziel, ein Schmutz abweisendes Tischtuch zu entwickeln, verfehlt er nach zahlreichen Versuchen zwar, doch 1908 erfindet er im Rahmen dieser Bemühungen eine Maschine, die transparente Viskosefolien erzeugt. Diese Folien benennt er Cellophan, und wir brauchen sie heute noch täglich.

Die Schweiz war und ist eine Brutstätte der Innovationen. Cellophan, Alufolie, Kontaktlinsen, Bleistift, Ovmaltine, Sodawasser, um nur einige wenige zu nennen, wurden in der Schweiz erfunden. Auch Doodle, 2003 von Michael Näf entwickelt, ist aus der täglichen Planung fast nicht mehr wegzudenken und gibt es mittlerweile in dreissig Sprachen. Die Liste ist lang und beeindruckend, und dass die Schweiz ein Innovationengenerator ist, belegt auch der Innovation Union Scoreboard

(IUS) 2011, in welchem die Schweiz erneut den ersten Platz belegt. Der Innovationsbericht vergleicht alle EU-Mitgliedstaaten sowie sieben weitere

AUSSICHTEN

europäische Länder, darunter auch die Schweiz. Die Datenreihe reicht von 2007 bis 2010, und es werden insgesamt 24 Indikatoren verglichen. Insbesondere dem Forschungsplatz Schweiz wird ein gutes Zeugnis ausgestellt. Aber auch im Bereich der Patente zeigt sich gemäss dem IUS die Schweizer Innovationskraft: Zum einen bewegt sich die Schweiz bei den internationalen Patentanträgen auf den vordersten Rängen, zum anderen generiert kein anderes europäisches Land mehr Auslandeinnahmen durch Lizenzen und Patente.

Damit diese Werkstatt aber auch in Zukunft innovativ weiterwirken kann, müssen heute die Weichen richtig gestellt werden. Zahlreiche unterschiedliche Politikbereiche beeinflussen die

Innovations-, Bildungs- und Forschungspolitik. So können neue Gesetze die Forschungstätigkeit unterstützen oder auch einschränken und erschweren, aber ebenso können Kürzungen im Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich vernichtend sein. Natür-

«Wer hats erfunden? Die Schweizer.»

lich, es ist eine Gratwanderung, den besten Weg zwischen uneingeschränkter Forschung und gesellschaftlichen Anliegen und Wertvorstellungen zu finden. Jedoch ist es Aufgabe des Staates, hier optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Einverstanden, es ist immer ein Trade-Off, wo Ausgaben zugestanden und wo Sparmassnahmen ergriffen werden, denn bei endlichen Mitteln und einem ausgeglichenen Budget muss immer wenn an einem Ort aus-

gegeben wird, an einer anderen Stelle gespart werden. Das kann allerdings kein Argumentarium wegdiskutieren.

Die in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013–2016 vorgesehenen Mittel decken jedoch die steigenden Studierendenzahlen gemäss der Rektorenkonferenz der Universitäten ohnehin nicht ab. Werden zusätzliche Sparmassnahmen ergriffen, wird dieses Bild umso dramatischer. Eine solche Beschneidung kann nicht nur, sondern wird den Innovationsplatz Schweiz negativ tangieren – und das ist gegen unser aller Interesse. Wirtschaftlich betrachtet sind Bildung, Forschung und Innovation eines unserer kostbarsten Güter, das es zu schützen und zu pflegen gilt, damit es auch in Zukunft heisst: «Wer hats erfunden? Die Schweizer!»

HINWEIS

Die Autorin, Sita Mazumder (41), ist Professorin für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Dozentin und Projektleiterin im Bereich Diversity Management und Wirtschaftskriminalität am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).

Ein weiteres Hilfspaket für Portugal

SCHULDENKRISE Der EU-Währungskommissar Olli Rehn bereitet die Union auf neue Finanzhilfen für Portugal vor. Die Nähe zu Spanien könnte negative Folgen haben.

RALF STRECK
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Auch wenn es nur ein kleiner Hoffnungsschimmer ist, so war die portugiesische Regierung doch über die erfolgreiche Versteigerung von Staatsanleihen am Mittwoch erleichtert. Das krisengeschüttelte Land, das vor genau einem Jahr nach Griechenland und Irland Nothilfe beantragen musste, konnte sich 1,5 Milliarden Euro (1,8 Milliarden Franken) an den Kapitalmärkten besorgen. Besonders erfreulich war für Lissabon, dass es sogar Anleihen mit einer Laufzeit von 18 Monaten mit einer überschaubaren Rendite von 4,53 Prozent loswurde. Nachdem das Land vor einem Jahr mit 78 Milliarden Euro von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgefangen wurde, hat es erstmals wieder Anleihen mit einer solch langen Laufzeit vergeben. Als besonders positiv wurde aber bewertet, dass die Zinsen für sechsmonatige Papiere deutlich billiger wurden. Noch vor einem Monat musste das Land 4,43 Prozent bieten, und nun waren es nur noch 2,9 Prozent. Das zeigt, dass die Anleger glauben, dass es im näch-

ten halben Jahr zu keiner dramatischen Zuspitzung in dem krisengeschüttelten Land kommen wird. Dazu beigetragen hatte, dass die EU-Kommission dem Land am Dienstag die erfolgreiche Umsetzung der Reformen bestätigt hat. Das Reformprogramm, das dem Land im Rahmen der Nothilfe verordnet wurde, sei ausreichend und sei von Portugal praktisch buchstabengetreu umgesetzt worden, lobte Peter Weiss. Der stellvertretende Missionsleiter der Kommission für Portugal hat am Dienstagabend den jüngsten Prüfbericht in Brüssel vorgestellt. «Die Haushaltskonsolidierung 2011–2012 ist in jeder Hinsicht beachtlich», bescheinigen die Prüfer dem Land in ihrem dritten Bericht. Ein zweites Nothilfepaket, wie es gerade für Griechenland auf den Weg gebracht wurde, brauche das Land nicht. Die Prüfer sehen Portugal allerdings auf einem guten Kurs.

Experten zeigen sich kritisch

Diese Einschätzung teilen viele Experten nicht, und auch die EU-Kommission sieht das wohl anders. So sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn am Mittwoch im finnischen Fernsehen: «Es wäre klug, wenn sich die EU darauf vorbereiten würde, Portugal eine Art Brücke für die Rückkehr an die Finanzmärkte zu bauen.» Trotz der relativ guten Anleiheversteigerung glaubt Rehn offensichtlich nicht, dass Portugal bald wieder an die Finanzmärkte zurückkehren kann. Auch der Prüfbericht enthielt Daten, die nicht auf eine Erholung hindeuten. Darin heisst es zum Beispiel, dass «das Vertrauen der Verbraucher



Die Arbeitslosigkeit in Portugal steigt immer weiter. Experten sehen die Lage kritisch.

EPA/Miguel A. Lopes

und der Unternehmen Rekordtiefstände erreicht hat». Zudem mussten die Prüfer die bisherige Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der EU-Kommission weiter nach unten korrigieren.

Hatte Brüssel noch kürzlich prognostiziert, die portugiesische Wirtschaft werde 2012 um drei Prozent schrumpfen, so gehen die Prüfer nun von 3,3 Prozent aus. Verantwortlich machen sie dafür vor allem die negativere Entwicklung im Nachbarland Spanien, weil beide Wirtschaften sehr eng miteinander verknüpft sind.

Arbeitslosenzahlen überraschen

Doch auch von den stark steigenden Arbeitslosenzahlen zeigten sich die Prüfer «überrascht». Bisher ging die EU-Kommission davon aus, die Quote werde im Durchschnitt bei 14,4 Prozent liegen. Schon am Montag hatte die europäische Statistikbehörde Eurostat für Februar aber eine Quote von 15 Prozent festgestellt, und die Arbeitslosigkeit ist auch im März weiter gestiegen. Angesichts des harten Sparkurses wird keine Besserung erwartet. So räumte auch Weiss ein, dass die Prüfergruppe

«Interpretationsschwierigkeiten» hatte. Er verwies deshalb auf Faktoren, «die zu einer unvorhersehbaren Situation führen könnten». Das erstaunt, schliesslich hat die spanische Regierung gerade einen Haushalt vorgestellt, der sich ganz nach den EU-Vorgaben richtet, die auch Portugal erfüllen muss.

Spanische Anleihen verteuern sich

Doch ob ein einseitig aufs Sparen getrimmter Kurs aus der Misere herausführt, wird immer stärker bezweifelt. Die Börse in Madrid ging jedenfalls am Dienstag fast drei Prozent in den Keller und fiel auf ein neues Jahrestief, nachdem die Regierung den Haushalt erläutert hatte. Da 27 Milliarden Euro eingespart werden, wird erwartet, dass die Rekordarbeitslosigkeit von schon 23,6 Prozent noch weiter steigt. Damit bricht der Konsum ein, und die Rezession geht wie beim Nachbarn tiefer als ohnehin erwartet.

Harte Einschnitte gibt es nicht allein bei zahlreichen Infrastrukturprojekten, sondern befürchtet wird auch, dass durch die Kürzungen bei Forschung und Entwicklung sowie in der Bildung das Land sich die Zukunft verbaut. Entsprechend musste Spanien am Mittwoch erstmals bei der Versteigerung von Staatsanleihen auch wieder deutliche Zinsaufschläge hinnehmen, da befürchtet wird, dass sich die Lage beim Euro-Sorgenkind deutlich zuspitzen wird. Für dreijährige Anleihen musste Spanien wieder 2,9 Prozent Rendite bieten. Vierjährige Papiere verteuerten sich gegenüber vor einem Monat mit 4,32 Prozent sogar um 28 Prozent.

ANZEIGE

Tele 1-Augenzeuge werden und monatlich attraktive Preise gewinnen!

Sind Sie Zeuge eines spektakulären Ereignisses? Dann senden Sie uns Ihre Videos oder Bilder und werden Sie unser Augenzeuge. Schafft es Ihre Meldung in eine unserer Sendungen, erhalten Sie in jedem Fall eine Belohnung. Zudem verlosen wir unter den drei besten Meldungen des Monats einen Preis im Wert von mindestens je Fr. 250.—.

augenzeuge¹
0800 800 117 augenzeuge@tele1.ch

Senden Sie uns Ihre Videos oder Bilder entweder via www.tele1.ch, per E-Mail «augenzeuge@tele1.ch» oder teilen Sie uns Ihre Beobachtungen telefonisch unter 0800 800 177 mit.

Zentralschweizer Fernsehen
Immer im Bild. tele1.ch